

# **Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit Rüsselsheim**

c/o Hans-Peter Greiner  
Weisenauer Straße 31  
65428 Rüsselsheim

**An  
die Fraktionen und fraktionslosen Mitglieder  
der Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim  
über Büro des Stadtverordnetenvorstehers  
Marktplatz 4  
65428 Rüsselsheim**

Rüsselsheim, 30.11.2015

## **Stellungnahme zu Freihandelsabkommen CETA, TTIP und TiSA**

Sehr geehrte Damen und Herren,

das Aktionsbündnis für soziale Gerechtigkeit schlägt Ihnen vor, folgenden Beschluss als Stellungnahme zu den geplanten Freihandelsabkommen CETA<sup>1</sup>, TTIP<sup>2</sup> und TiSA<sup>3</sup> und ihren Auswirkungen auf die kommunale Daseinsvorsorge zu fassen:

### **Die Stadtverordnetenversammlung der Stadt Rüsselsheim stellt fest:**

**1.) Die in geheimen Verhandlung befindlichen (TTIP und TiSA) bzw. geheim verhandelten und zur Ratifizierung vorliegenden Freihandelsabkommen (CETA) bergen erhebliche Risiken für Dienstleistungen der Daseinsvorsorge, die durch die Kommunen und ihre Unternehmen verantwortet und erbracht werden. Ob Krankenhäuser, Sparkassen, die Vergabe öffentlicher Aufträge bei der Müllentsorgung, dem ÖPNV, die Wasserver- und Abwasserentsorgung, Gas- und Stromversorgung, Krankenhäuser, Museen, Theater und andere Kultureinrichtungen: durch CETA, TTIP und TiSA droht auf all diesen Gebieten eine erhebliche Einschränkung der demokratischen Handlungsautonomie und Gestaltungsmöglichkeiten und eine Absenkung von Standards im Sozialbereich, bei ArbeitnehmerInnenrechten und bei Gesundheits-, Verbraucher- und Datenschutz sowie Umwelt- und Lebensmittelstandards.**

---

<sup>1</sup> CETA = Comprehensive Economic and Trade Agreement zwischen EU und Kanada, bis Mitte 2014 verhandelt, bisher nicht ratifiziert

<sup>2</sup> TTIP = Transatlantic Trade and Investment Partnership zwischen EU und USA, in Verhandlung

<sup>3</sup> TiSA = Trade in Services Agreement, in Verhandlung zwischen EU, USA und 21 weiteren Staaten

**2.) Der bisherige Prozess der Verhandlungen zu den Freihandelsabkommen ist in höchstem Maße intransparent und vernachlässigt erheblich die Rechte der gewählten Parlamentarier auf europäischer, nationaler und Länderebene sowie die der Kommunen.**

**Nicht einmal die EU-Abgeordneten haben uneingeschränkten Zugang zu den Dokumenten. Und obwohl Städte und Kommunen direkt betroffen sind, werden die kommunalen Spitzenverbände (Städte- und Gemeindetag, sowie Landkreistag) nicht in die Verhandlungen eingebunden. Dies entspricht nicht den demokratischen Standards. Vielmehr muss die Einbeziehung in die Vertragsverhandlungen so frühzeitig erfolgen, dass die Gestaltungsfähigkeit gegeben ist.**

**Daher fordert die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim einen vollständigen öffentlichen Einblick in alle Verhandlungsdokumente, sowie die Einbeziehung von Abgeordneten aller politischen Ebenen und der kommunalen Spitzenverbände in die Verhandlungen. Dies fordern wir für TTIP, CETA und TiSA.**

**3.) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert, dass die kommunale Daseinsvorsorge, darunter insbesondere die nicht liberalisierten Bereiche, wie die öffentliche Wasserver- und Abwasserentsorgung, die Bereiche Abfall und ÖPNV, soziale Dienstleistungen sowie alle Leistungen der öffentlichen Daseinsvorsorge im Kulturbereich, von den derzeit verhandelten Freihandelsabkommen – und allen weiteren Handelsabkommen – explizit ausgeschlossen wird.**

**Der politische Gestaltungswille darf in Hinsicht auf das öffentliche Beschaffungswesen nicht noch stärker eingeschränkt werden, als es nationale Regelungen und das europäische Vergabe- und Konzessionsrecht bereits heute vorsehen.**

**Das verfassungsrechtlich garantierte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen muss uneingeschränkt gewahrt werden. Nicht zuletzt müssen Re-Kommunalisierungen weiterhin jederzeit und uneingeschränkt möglich sein. Sogenannte Stillstands- und Ratchetklauseln lehnen wir daher ab.**

**4.) Sonderklagerechte für Unternehmen gegen demokratisch beschlossene Gesetze und Beschlüsse auch von Stadtverordnetenversammlungen, die vor privaten Schiedsgerichten oder speziellen Investitionsgerichtshöfen verhandelt werden, darf es nicht geben.**

**5.) Die Stadtverordnetenversammlung Rüsselsheim fordert die Landes- und Bundesregierung sowie die Abgeordneten der Landtage, des Bundestages und des Europäischen Parlaments auf, die Ratifizierung von CETA und jedes weiteren Abkommens, das die in diesem Beschluss dargelegten Forderungen nicht erfüllt, abzulehnen.**

**6.) Dieser Beschluss wird neben den in Punkt 5 aufgeführten Institutionen und Personen den kommunalen Spitzenverbänden zugeleitet.**

im Auftrag des Aktionsbündnisses  
mit freundlichen Grüßen

(Hans-Peter Greiner)